



Rede von Bürgermeister Elmar Schröder zur Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2019

Diemelstadt, den 15.11.2018

**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

der Magistrat legt Ihnen in der heutigen Sitzung den Entwurf der Haushaltssatzung und des **Haushaltsplanes für das Jahr 2019** sowie des **Investitionsprogramms für die Jahre 2018 bis 2022** vor.

Es geht also neben den bisherigen Tagesordnungspunkten zum Thema „Geld“ weiter um die städtischen Finanzen. Sie haben eben die positive Rückmeldung der Revision des Landkreises Waldeck-Frankenberg zum Jahresabschluss 2016 vernommen.

Ebenso konnten wir Ihnen bereits im Sommer dieses Jahres das gute vorläufige Ergebnis 2017 vorstellen. Erinnern Sie sich ein Jahr zurück, waren wir auch mit der Haushaltsplanung 2018 grundsätzlich nicht unzufrieden, der Haushaltsvollzug lässt auf eine weitere Verbesserung hoffen.

Der Trend setzt sich nun auch in der Planung 2019 fort, ohne dass ich von einer grundsätzlichen Konsolidierung gemeindlicher Haushalte sprechen möchte, davon sind wir weit entfernt:

Der Entwurf 2019 schließt im Diemelstädter Ergebnis mit dem bisher besten Planwert seit Anbeginn der Doppik ab.

Gute Rahmenbedingungen insgesamt, die seit nunmehr rund einem Jahrzehnt gut laufende Gesamtwirtschaft in Deutschland, vor allem aber die nach wie vor disziplinierte Haushaltspolitik und Mittelbewirtschaftung in Diemelstadt lassen uns momentan zufrieden mit dem Erreichten und erwartungsfroh für das Kommende sein.

Bevor ich zum Haushalt 2019 komme, möchte ich noch einige einleitende Bemerkungen zur aktuellen Situation machen:

Meine letzten drei Haushaltsreden waren stets geprägt vom Thema „Flüchtlinge“, das die Städte und Gemeinden vor herausragende Anforderungen gestellt hatte. Die Lage hat sich glücklicherweise weiter entspannt. In Zusammenarbeit mit hohem bürgerschaftlichem Engagement konnten wir viel für die Flüchtlinge in ihren anfänglich schwierigsten Situationen erreichen, aber auch im Ergebnis für die Stadt, denn die, die bleiben und sich integrieren wollen, sind ein Gewinn für die Gemeinschaft. So hat uns nach Mitarbeit in mehreren Modellprojekten auf Landes- und Bundesebene zuletzt sehr gefreut, dass wir beim Bundeswettbewerb **„Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“** in der Kategorie **„Hervorragende Strategische Aktivitäten“** ein Preisgeld von 25.000 Euro gewonnen haben. Frau Scholz und Frau Schmidt aus meinem Fachbereich sowie ich haben in Berlin persönlich die Ehrung entgegengenommen, eigentlich geplant vom Bundesinnenminister selbst, der jedoch in Koalitionsauseinandersetzungen anderweitig unterwegs war, was für uns jedoch nicht abträglich war.



Foto: Staatssekretär Kerber überreicht den Preis im Bundesinnenministerium

Mich hat es persönlich sehr gestört, dass Horst Seehofer zum Zeitpunkt unseres Besuchs in seinem Ministerium das Thema so dramatisierte, dass beinahe die Große Koalition daran gescheitert wäre und das Ganze ohne Not, denn Züge und Busse mit Tausenden Flüchtlingen wurden an den südlichen Bundesgrenzen nicht gesehen. Schade, denn wir brauchen in Deutschland geregelte Zuwanderung von Menschen, die sich hier einbringen und mitarbeiten wollen.

Bei meiner letztjährigen Haushaltseinbringung hatten wir zwar schon einen gewählten neuen Bundestag, eine Regierung hat sich bekanntlich jedoch erst historisch spät im zweiten Anlauf im März gefunden. Wertvolle Zeit ist in vielen Bereichen weiter verstrichen, polemisch könnte man sagen, verplempert worden. Wir an der kommunalen Basis haben im direkten Kontakt mit den Auswirkungen tagtäglich Lösungen zu finden. Auch auf dem Feld der **Fachkräftezuwanderung** könnten wir schon viel weiter sein, als Stand jetzt. Ich bleibe bei meinem bisher Gesagten, dass wir Zuwanderung brauchen: Gesteuert, qualitativ, und im Bereich der Inanspruchnahme des Grundrechts auf Asyl im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit aller Beteiligten in der Europäischen Union sowie den hierzu relevanten Abkommen, d. h. aber auch Schutz der Außengrenzen und Abkehr von Asylmissbrauch.

Die sogenannte „große Politik“ hat in den letzten Jahren viel an Empathiefähigkeit für die Menschen verloren, die Volksparteien werden abgestraft, Populismus, Nationalismus und in Teilen auch Faschismus nehmen leider wieder zu. Die Antidemokraten wabern wieder in unserer Gesellschaft herum, wie gerade zeitversetzt fast hundert Jahre zurück sehr schön in der **Fernsehserie „Babylon Berlin“** beschrieben. Auch das bekommen wir an der Basis wieder am ehesten und intensivsten ab.

Wir in der kommunalen Familie müssen alles tun, dass sich das nicht – oder besser gesagt: nicht schon wieder – verfestigt und nachhaltig bleibt.



„Wer in der
Demokratie schläft,
wacht in der Diktatur auf.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir nun zum Haushalt 2019.

Es ist wieder gelungen, Ihnen den Haushalt im November vorzustellen, um ihn in der „Weihnachtssitzung“ verabschieden zu können. Wir hoffen dann also wieder auf eine **zeitnahe Genehmigung** durch die Kommunalaufsicht, auch um früh ausschreiben zu können, und vielleicht noch günstigere „Winterpreise“ zu erzielen, wobei die Situation im ausgelasteten Baugewerbe mit den Auswirkungen des Fachkräftemangels die Preise weiter nach oben schnellen lässt. Die Verabschiedung im Dezember ist rechtlich geboten, aber auch methodisch angezeigt, denn so können alle Beteiligten sich im neuen Jahr auf die dann anstehenden Aufgaben konzentrieren.

Die Aussage, dass der Haushaltsausgleich gelungen ist, war in schwierigen Jahren das Minimalziel und wir haben uns über jedes kleine „zarte Pflänzchen“ an Überschüssen gefreut. Die Erwartungen wachsen jedoch, den meisten Städten und Gemeinden gelingt der Ausgleich zwischenzeitlich, also umso mehr freuen wir uns über das erwartete **Planergebnis 2019, dem** wie gesagt **besten seit Anbeginn der Doppik, nämlich** um **232.840 Euro** übersteigen die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben: Kein Wert, der uns verleitet, „die Bäume in den Himmel wachsen zu lassen“, aber immerhin viermal so hoch wie im Plan 2018. Und nicht selten waren die tatsächlichen Ergebnisse dann sogar noch besser.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer steigt nach unseren Erwartungen, die hohe Erwartung des Vorjahres an Gewerbesteuern wurde in 2019 jedoch wieder reduziert. Entscheidend war neben der **nachhaltigen Konsolidierungspolitik** der letzten Jahre vor allem aber auch, dass Sie 2015 nach **Feststehen der Nivellierungshebesätze des neuen Kommunalen Finanzausgleichs** die Steuersätze durch Hebesatzsatzung per 1. Januar 2016 angepasst hatten.

Die **Schlüsselzuweisungen** werden ebenfalls steigen, **Kreis- und Schulumlage** sinken in absoluten Werten, es wird von insgesamt stagnierenden Hebesätzen ausgegangen, zudem war der Vorjahreswert zu hoch kalkuliert. Eine frühe Haushaltsaufstellung birgt die Gefahr noch nicht vollständig belastbarer Zahlen, wir haben jedoch versucht, so vorsichtig und genau wie möglich den Finanzausgleich einzuordnen.

Auch die gesetzlich vorgeschriebene kostendeckende **Erhöhung der Wassergebühren** ab 01.01.19 bereits im Sommer dieses Jahres trägt ganz erheblich zur guten Ergebniserwartung bei. Es hätte nicht geholfen, mit Unterdeckung bei diesem wichtigen Gebührenhaushalt weiterzufahren, wir hätten uns in die eigene Tasche gelogen.

Und auch zu dem eben bezüglich der „**HESSENKASSE**“ Berichteten sehen Sie, wie wichtig dem Land ausgeglichene Gebührenhaushalte sind. Ich freue mich, dass wir frühzeitig gemeinsam die Gebührenanpassung so pragmatisch umsetzen konnten.

Eine Konsolidierung bleibt uns daher erneut erspart, ja, wir können weiterhin kommunale Selbstverwaltung ausüben. Und ich bin weiter der festen Überzeugung, dass wir noch erheblich gestalten können, das haben die Projekte der Vergangenheit gezeigt und auch die laufende Investitionsplanung mit einem sehr großen Volumen bestätigt dieses.

Mit den unterm Strich guten Jahresabschlüssen der Vergangenheit wird die Stadt Diemelstadt ihrer Verantwortung gegenüber ihren Bürgern und Bürgerinnen sowie der Wirtschaft gerecht. Wir müssen uns alle immer wieder vor Augen halten, dass wir nur Sachwalter deren Gelder sind und versuchen, das Bestmögliche daraus zu machen.

Die Gewerbesteuererträge blieben im Jahr 2017 unter der 2 Millionen Euro-Grenze, der Haushaltsvollzug 2018 lässt jedoch deutlich bessere Erträge erwarten, ob sich dieses dann bewahrheitet, wird erst der Jahresabschluss 2018 zeigen.

Dennoch haben wir vorsorglich den letztjährigen Ansatz von rd. 2,47 Millionen Euro auf rd. 2,31 Millionen Euro reduzieren müssen. Das ist erneut ein ganz beachtlicher Wert. Höchste Ertragsposition im Haushalt 2019 ist jedoch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, der nach rd. 2,43 Millionen Euro im Vorjahr mit jetzt rd. 2,46 Millionen Euro erwartet wird. Die Grundsteuern A und B verändern sich nur moderat. Es gibt also auch aus diesem Grund keinen Anlass, nächstes Jahr noch einmal an der Steuerschraube zu drehen, das Anheben in 2016 war auskömmlich - hinsichtlich der erhöhten Nivellierungshebesätze durch den Landesgesetzgeber uneingeschränkt angezeigt und somit Schaden für die Stadt abwendend – ein gutes Ergebnis.

Die **Abschreibungen**, die in den laufenden Ausgaben enthalten sind, bleiben mit rd. **1,85 Millionen Euro** konstant, dennoch finde ich immer wieder bemerkenswert, dass, selbst wenn wir nächstes Jahr als Stadt völlig untätig würden, dieser Betrag trotzdem weg wäre. Wichtig ist daher, stets darauf hinzuweisen, dass die Summe aus den laufenden Einnahmen erst erwirtschaftet werden muss, was wir jedoch glücklicherweise schaffen. Der Gesetzgeber verlangt zudem erstmalig die Darstellung einer sogenannten **Liquiditätsreserve**, auch das schaffen wir.

Ebenso die nahezu konstante **Zinslast** von rd. **374.000 Euro** wird vom Ergebnishaushalt erlöst. Alles sind ungemein wichtige Voraussetzungen dafür, nicht in eine finanzielle Schieflage zu geraten. Es muss daher in der Zukunft weiter alles dafür getan werden, dass hier nichts „anbrennt“.

Die Stadt Diemelstadt erwirtschaftet somit im achten Planjahr in Folge aus den laufenden Einnahmen den Werteverzehr ihres Vermögens.

Nach jetziger Erwartung kann mit einer **Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses** in Höhe von rd. **6,17 Millionen Euro** in das neue Haushaltsjahr gestartet werden. Die deutliche Rücklagenerhöhung resultierte ja bekanntlich aus dem Einmaleffekt der Rückstellungsauflösung im Abschlussjahr 2012 hinsichtlich der neuen Rechtslage. Mit dem erwarteten Jahresüberschuss 2019 wird diese Rücklage zum Ende nächsten Jahres voraussichtlich rd. **6,4 Millionen Euro** betragen – ein beruhigender Wert für zukünftige Jahresabschlüsse, denn im Ergebnishaushalt entstehende Defizite könnten hiermit geschlossen werden, in der Planungsphase aber nur für ein Jahr, sonst droht dennoch Konsolidierung. Über den Geldfluss gibt in der Doppik bekanntlich der Finanzhaushalt Auskunft, hier sind die Zahlungsströme abgebildet, der Kaufmann spricht vom sogenannten **Cash-Flow**.

Zur Finanzierung unserer investiven Ausgaben ist wieder eine Kreditaufnahme von rd. einer Million Euro erforderlich.

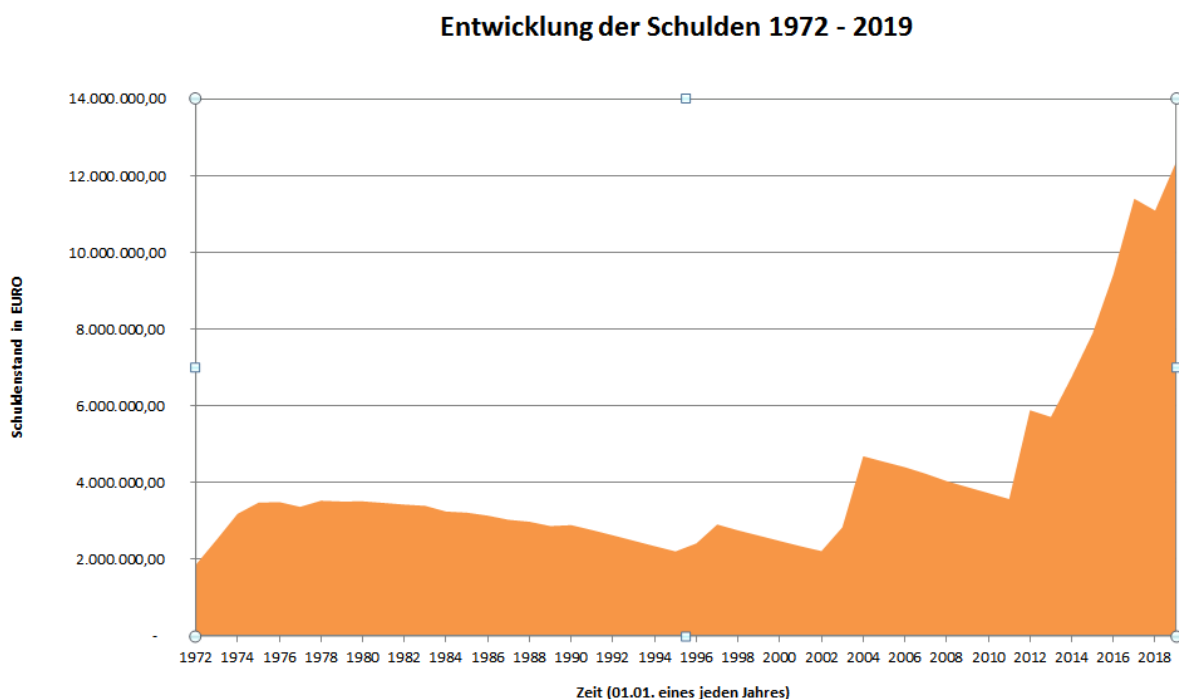
Wer unsere **Schuldenentwicklung** der letzten Jahre kritisch bewertet, sei stets daran erinnert, dass wir **wichtige Infrastrukturmaßnahmen getätigt** und zeitgleich mit den **Förderprogrammen Städtebaulicher Denkmalschutz (Rhoden) und Stadtumbau (Wrexen)** viele Maßnahmen umgesetzt haben und nun mit dem Rückbau der Landstraße im Stadtteil Rhoden das größte Projekt seit langem vor uns steht.



Foto: Abschluß der Baumaßnahmen an der 850m langen Triftstraße

Allein die **Umsetzung des Abwassersofortprogramms** (22 betroffene Straßenzüge) musste mit 6,7 Millionen Euro finanziert werden, damit die Fördermittel von 1,5 Millionen Euro nicht zurückgezahlt werden mussten.

Der Schuldenstand wird sich bis zum Ende des Jahres 2019 unter der angenommenen Kreditaufnahme auf voraussichtlich rd. 12,75 Millionen Euro erhöhen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die vorgesehenen Investitionen, insbesondere die dringend erforderlichen Straßenbaumaßnahmen und Investitionen im Abwasserbereich und der Wasserversorgung unbedingt nötig sind, sollten hier keine Einschnitte gemacht werden, zumal sich das Zinsniveau zurzeit nach wie vor günstig darstellt.



Gleichfalls muss bedacht werden, dass die kofinanzierten Darlehen in Zins und Tilgung erheblich vom Land subventioniert werden und diese Bezuschussung klassisch als Zuweisung abgewickelt worden und somit überhaupt nicht in den Schuldenstand geflossen wäre. Die durch das Land Hessen mitfinanzierten Förderdarlehen sind daher nicht in den vorgenannten Werten enthalten. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die **Einzeldarstellung der Schulden in der Verbindlichkeitsübersicht des Haushaltsplanes auf den Seiten 338 und 339.**

Es verbleibt mithin als Fazit aus Vorgenanntem:

Ja, wir müssen uns auch im Jahr 2019 wieder nicht unerheblich fremdfinanzieren, es bleibt uns aber überhaupt keine andere Wahl, wir kommen an diesen neuen Schulden nicht vorbei.

Alleine rd. 2,4 Millionen Euro werden im Bereich der Straßen, der Abwasserbeseitigung, der räumlichen Planung und Entwicklung, des Naturschutzes und Feldwegebaus, der Wasserversorgung, des Brandschutzes, der Dorfgemeinschaftshäuser und Mehrzweckhallen sowie der Kindergärten und Spielplätze investiert – alles somit Maßnahmen der Daseinsvorsorge.

Es gibt in manchen Bereichen zweifelsohne einen Investitionsstau. Wir müssen also weiter und vermehrt investieren, ohne die Fremdfinanzierung zu sehr zu strapazieren. Die **Novellierung des Gemeindefinanzrechts** durch die Auswirkungen des **Hessenkassengesetzes** geben dem Thema Verschuldung eine noch stärkere Dimension als zuvor, also Obacht: Hohe Investitionen führen bei Fremdfinanzierung zu Schuldendienst und darüber hinaus zu neuen Abschreibungen. Es steht also stets die Befürchtung im Raum, dass dieses einen zukünftigen Haushaltsausgleich erschwert oder auch wieder einmal unmöglich machen wird.

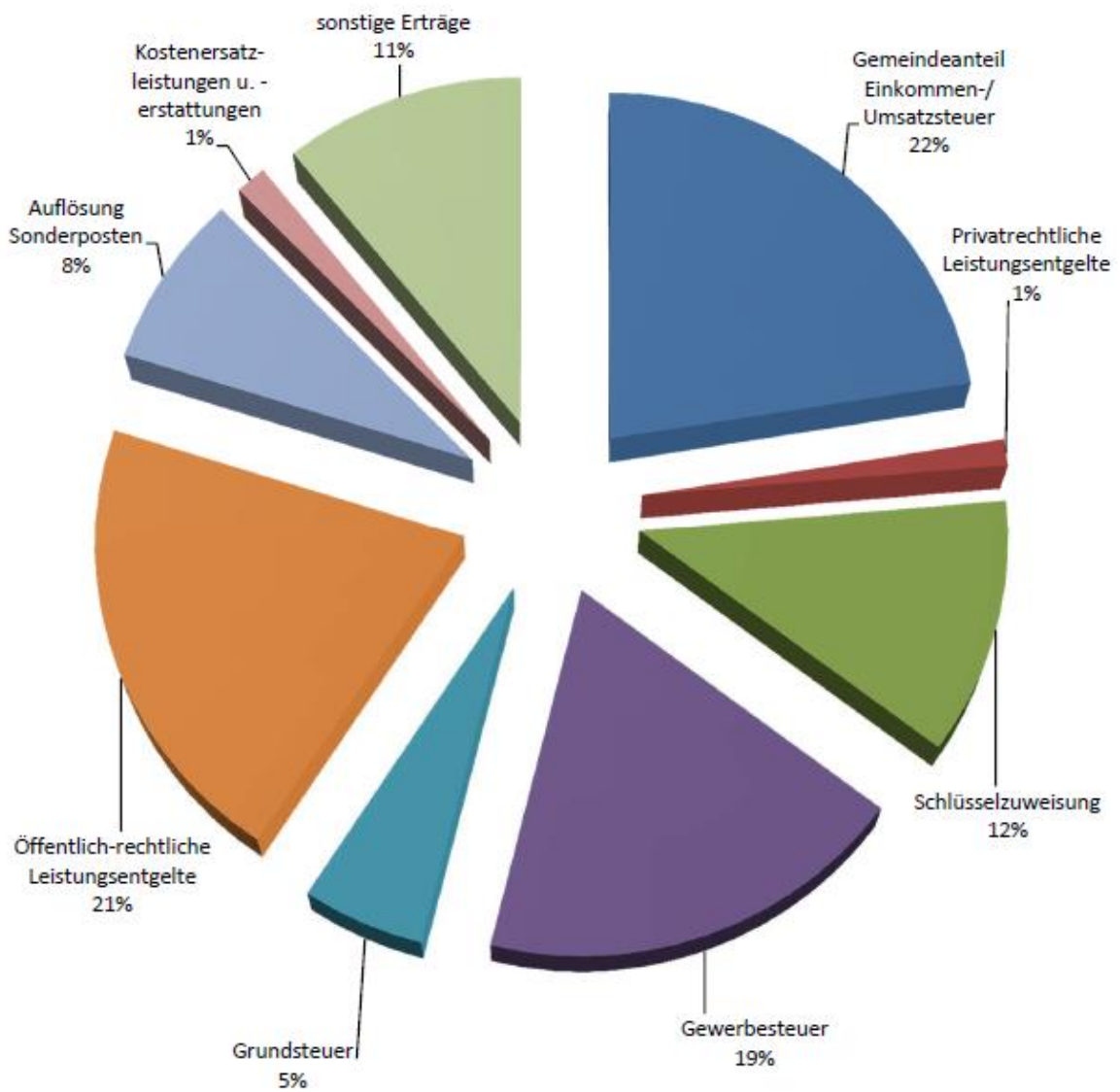
Erneut können Sie in diesem Haushalt in gewohnter Weise den laufenden Ansatz, den des Vorjahres und das Ergebnis des Vorvorjahres erkennen, wobei die Werte 2017 noch vorläufigen Charakter haben, da der Abschluss zwar vom Magistrat aufgestellt ist, jedoch noch nicht seitens der Revision geprüft wurde und somit auch nicht von Ihnen final beschlossen werden konnte.

Der **Finanzhaushalt** wird mit einem **Finanzmittelüberschuss von rd. 362.000 Euro** festgesetzt, was über dem Vorjahreswert liegt. Das bedeutet, dass der Ergebnishaushalt nicht nur die Abschreibungen erwirtschaftet, sondern nach den Tilgungsleistungen noch etwas Geld übrig sein wird, was durch die Finanzfehlbedarfe sowie entfallener Kreditaufnahmen früherer Jahre auch nötig ist.

Der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge beläuft sich in 2019 auf 12.388.832 Euro, was einer Erhöhung zum Vorjahr von 1,3 % entspricht.

Ergebnishaushalt 2019

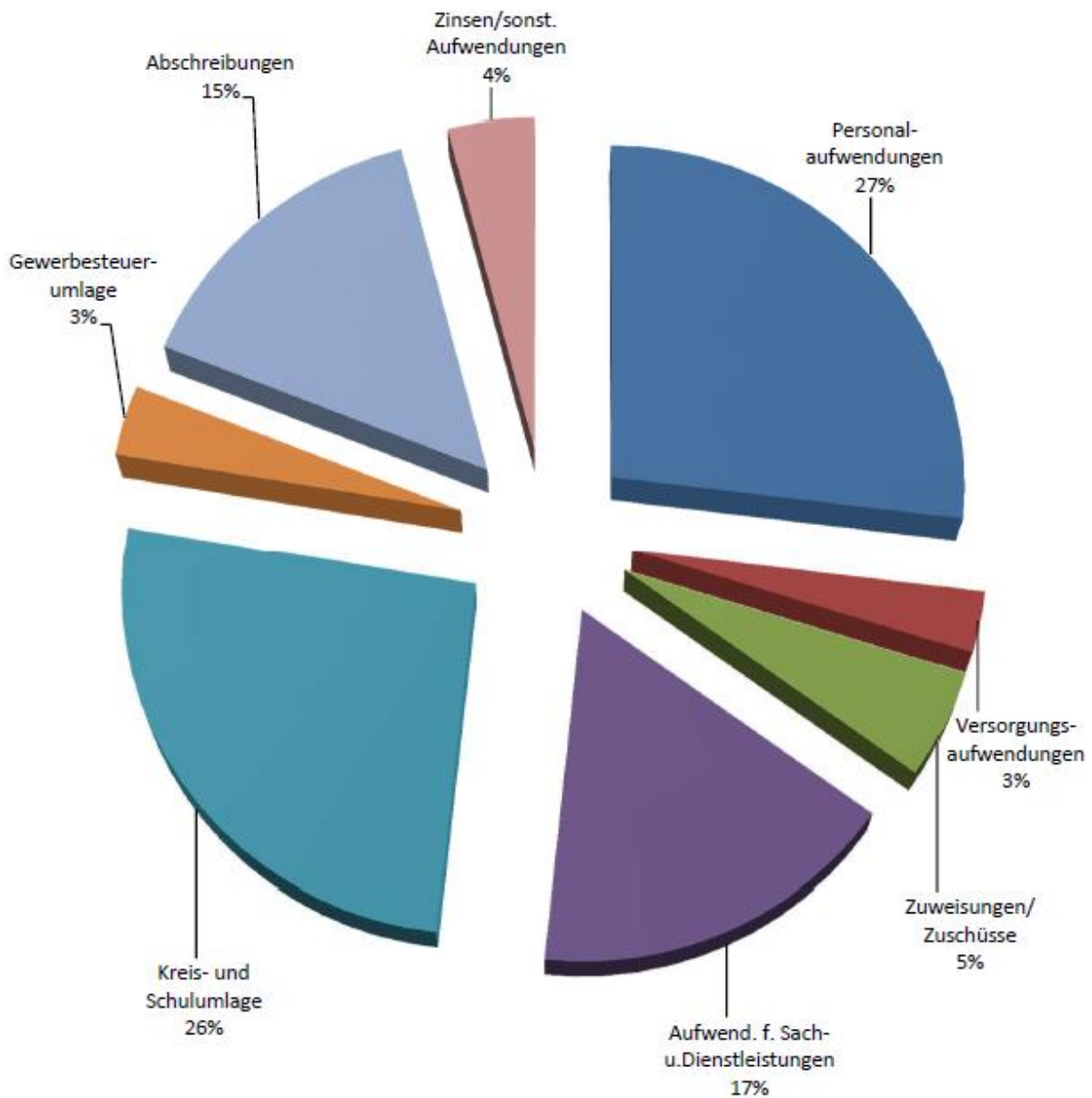
Ordentliche Erträge 12,39 Mio. €



Die ordentlichen Aufwendungen hingegen fallen um 0,2 % auf jetzt 12.155.992 Euro. Insgesamt ist darin das deutlich bessere Gesamtergebnis zum Vorjahr begründet.

Ergebnishaushalt 2019

Ordentliche Aufwendungen 12,16 Mio. €



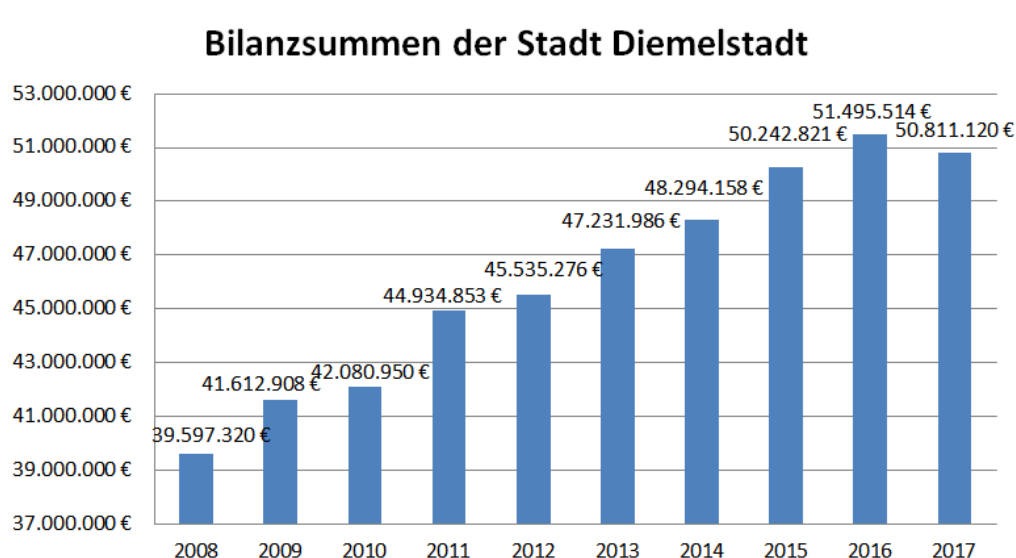
Die **Auszahlungen für Investitionen** beziffern sich in 2019 auf 2.597.900 Euro, was einem massiven Anstieg von 40,3 % zu einem ohnehin hohen vorjährigen Investitionsniveau entspricht.

Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** steigen insbesondere infolge erwartbarer GVFG-Zuweisungen, aber auch durch Zahlungsrückflüsse bei Biotopwertpunkten und weiteren nicht unerheblichen Kostenbeteiligungen um signifikante 716,7 % auf 1.592.500 Euro. Würden diese hohen Einzahlungen nächstes Jahr nicht fließen, wäre die Kreditaufnahme deutlich größer.

Die weiteren erheblichen Ertrags- und Aufwandsänderungen wollen Sie bitte dem ausführlichen Vorbericht zum Haushaltsplan, Seiten 20 bis 30 entnehmen.

Die **Investitionsschwerpunkte** habe ich eben bereits genannt. Bewusst wurden alle anderen Notwendigkeiten, so weit wie möglich, in nachfolgende Perioden verschoben. Dennoch sind es stolze 2,59 Millionen Euro an Investitionssumme.

Der Fachbereich Finanzdienste zeigt jedes Abschlussjahr die **Entwicklung der Bilanzsumme**, Sie erinnern sich. Auch hier sei nochmal darauf hingewiesen, dass im Jahr 2009 mit einer Bilanzsumme von rd. 39,6 Millionen Euro in die Doppik gestartet wurde und wir im Jahr 2017 nach kurzer Rückläufigkeit bereits bei 50,8 Millionen Euro (insgesamt also eine Bilanzverlängerung) angekommen sind, trotz hoher Abschreibungen. Dabei wurde das zusätzliche Fremdkapital maßgeblich für **rentierliche Infrastrukturmaßnahmen** eingesetzt.



Wir haben in sehr kurzer Zeit zahlreiche Probleme im Bereich der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung bereits gelöst, das Abwassersofortprogramm konnte doch noch nahezu schadlos abgearbeitet werden. Der nächste Meilenstein in der Diemelstädter Investitionstätigkeit ist neben vielen nicht unerheblichen Einzelmaßnahmen nun wie gesagt der **Rückbau der Landstraße im Rahmen des Städtebaulichen Denkmalschutzes Rhoden** mit den selbst zu finanzierenden Kanal- und Wasserleitungsbauarbeiten, auch zur Gewährleistung des Brandschutzes. Bei vielem Tadel, den wir berechtigt manchmal aussprechen, muss man an dieser Stelle für das zu erwartende Investitionsprogramm aus der **HESSENKASSE** hier schon einmal danken. Vorbehaltlich einer genehmigten Mittelverwendung freuen wir uns über diesen Zuschuss aus dem Landesinvestitionsprogramm, die vorjährigen Diskussionen hinsichtlich der Gerechtigkeit Entschuldungsprogramm versus Investitionsprogramm möchte ich nicht wiederholen. Es ist nun jetzt so, wie es ist, die kommunale Eigenbeteiligung an der HESSENKASSE über eine erhöhte Gewerbesteuerumlage hat der Gesetzgeber nach Kritik nicht umgesetzt; bleiben wir guter Hoffnung auf die Ausschüttung der Beträge.

Lassen Sie mich nun einige Anmerkungen zu den einzelnen Teilergebnishaushalten machen:

Den Gebührenhaushalt **Wasserversorgung** mit seinem erwarteten Ausgleich nach Gebührenanpassung zum 01.01.2019 habe ich bereits erwähnt. Die **Abwassergebühren** sind 2013 von Ihnen im Rahmen des teilweisen Anschlusses an die Stadtwerke Warburg sowie der Einführung der von der Rechtsprechung verlangten Niederschlagswassergebühr angepasst worden. Nach anfänglichem Auskommen der Gebühr und sogar Anlage einer Gebührenaussgleichsrücklage ist diese zwischenzeitlich aufgezehrt. Für 2019 wird insbesondere wegen der anstehenden Teichentleerung Kallental 3 und 4 ein Defizit von rd. 56.000 Euro erwartet, im Finanzplanungszeitraum jährliche leichte Defizite von 33.000 bis 35.000 Euro. Der Magistrat schlägt vor, dieses Defizit zunächst „im Auge zu behalten“ und spätestens mittelfristig auch diese Gebühr ggf. anzupassen.

Der Teilergebnishaushalt **Abfall** ist seit Jahren ausgeglichen, erneut jedoch nur über eine Rücklagenentnahme. Nach jetzigem Stand wird zumindest im Finanzplanungszeitraum bis 2022 keine Gebührenerhöhung nötig werden.

Der **Friedhofshaushalt** ist infolge der noch nicht so lang zurückliegenden Neukalkulation auch nächstes Jahr ausgeglichen.

Defizitär ist nach wie vor der Gebührenhaushalt der **Gemeinschaftshäuser**.

Im Bereich der **Kindergärten** wurden die Ansätze neu kalkuliert, weil das Land Hessen seit 01.08.2018 bekanntlich die Kosten für die sechsstündige Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten pauschal den Städten und Gemeinden erstattet. Bedingt durch die Erweiterung der Öffnungszeiten in beiden Tageseinrichtungen bis 17.00 Uhr haben Sie vor Beginn des neuen Kindergartenjahres unter Einführung von drei Betreuungszeitmodulen neue Satzungen beschlossen. Unter Berücksichtigung der veränderten Ertragssituation, aber auch gestiegener Kosten durch Vorhalten von mehr Personal und gestiegener Sachkosten, bleibt das Defizit 2019 mit rd. 847.000 Euro unter unseren anfänglichen Befürchtungen. Auch im Finanzplanungszeitraum wird die beängstigende eine Million Euro-Marke nach jetzigem Kenntnisstand unterschritten. Das frühzeitige satzungsrechtliche Anpassen unter Mitnahme der Einrichtungen, der Elternbeiräte und vor allem der Eltern selbst, hat sich gelohnt. Auch danke ich in diesem Zusammenhang den Erzieherinnen sowie der Verwaltung für ihren geleisteten Mehraufwand in dieser Umstellungsphase. Ich bin sicher, dass sich das neue Modell alsbald vollständig eingespielt hat. Wir sind so nah an den Kindergärten dran, dass wir jederzeit schnell und zuverlässig weitere Feinjustierungen vornehmen können.

Durch die Folgen des Hessenkassengesetzes hat es auch eine Änderung in der Begrifflichkeit gegeben: Kassenkredite heißen ab 2019 Liquiditätskredite. Für 2019 ist der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, vorsorglich wegen vorübergehender **Liquiditätsengpässe** wieder mit zwei Millionen Euro vorgesehen. Aber auch hier hatte es bereits im Vorjahr eine Neuerung geben.

Da viele Städte und Gemeinden bei den Kassenkrediten in der Vergangenheit „über den Durst getrunken haben“, will der Gesetzgeber dem nun für die Zukunft einen Riegel vorschieben.

Es gibt jetzt ein verbindliches Berechnungstool, worin über eine monatliche Zahlungsanalyse aus Einnahmen und Ausgaben und einer dazugehörigen **Worst- Case-Betrachtung** ein fiktiver Höchstbedarf errechnet wird. Dieser wird bei uns für 2019 wieder darunter liegen. Wir müssen abwarten, wie unsere vorgesehene Höhe dann genehmigt werden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme jetzt zum Finanzhaushalt.

Der Finanzplanungserlass des Hessischen Innenministers im Einvernehmen mit dem Hessischen Finanzminister, der den Städten und Gemeinden mehr als eine Richtschnur für die Planaufstellung ist, sieht im Allgemeinen wieder ausgesprochen gut aus. Über die Diemelstädter Steuerentwicklung im Besonderen habe ich schon etwas gesagt.

In dem sehr gut angenommenen **Workshop** im März dieses Jahres hinsichtlich der Schwerpunkte bei den Maßnahmen im Programm des städtebaulichen Denkmalschutzes stellte sich bei der Prioritätensetzung **Landstraße versus Rathaus im städtebaulichen Denkmalschutz** sehr schnell die außerordentliche Wichtigkeit des Landstraßenrückbaus mit seinen enormen finanziellen Anreizen heraus.

Zu diesem Zeitpunkt ging es um die **Verteilung der noch offenen Fördermittel**. Diese Situation hat sich nach unserem Besuch im Ministerium am 9. August verändert. Nachdem wir die Ergebnisse des Workshops vom März dort vorgebracht haben, wurde uns in Aussicht gestellt, dass wir die komplette Sanierung des Rathauses evtl. doch mit weiteren Mitteln gefördert bekommen. Daher werden wir uns in den nächsten Wochen mit der Frage zu beschäftigen haben, ob wir eine **Komplettsanierung des Rathauses** anstreben, wenn wir die 75%ige Förderung dafür bekommen. Ich gehe davon aus, dass das Land bei den Themen **Brandschutz und Barrierefreiheit** keine Kompromisse machen wird, wenn wir eine baufachliche Prüfung vorlegen. Dies wurde bereits bei dem Besuch von der WIBank im Rathaus deutlich. Hierbei handelt es sich um eine Grundsatzentscheidung über die Zukunft der Diemelstadt und ihrer Stadtverwaltung:

„Selbständigkeit, IKZ oder Gebietsreform ist hier die Grundsatzfrage“.

Es liegt eine Menge, Menge Arbeit vor uns, die Rhoder Bevölkerung wird lange Zeit mit erheblichen Beeinträchtigungen zu rechnen haben, aber es wird sich lohnen. Die ersten Entwurfsplanungen sind beeindruckend.

Der Stadtteil Rhoden wird ein völlig neues Gesicht bekommen, ein freundliches, modernes, aber auch zweckmäßiges und vor allem einladendes. Die Maßnahme wird nachhaltig wirken, da bin ich mir ganz sicher – ein guter Weg, der jetzt in eine entscheidende Phase kommt.



Bild: Variante für eine Platzgestaltung an der Landstraße

Die **flächendeckende Einführung von Glasfaser mit der entsprechenden Breitbandversorgung** hat sich trotz kurzzeitig erhöhter Hoffnungen wieder verzögert. Als einer der drei Bürgermeister im Arbeitskreis Breitbandausbau Waldeck-Frankenberg werde ich bestmöglich weiterhin die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger vertreten.

Im Bereich des **Verkehrsschutzes** können wir bestimmt nicht jede gewünschte Tempo-30-Zone umsetzen, die angeschafften Geschwindigkeitsmessanlagen haben jedoch schon sehr schnell Effekte gezeigt. Daher hat sich der Magistrat in Abstimmung mit den Ortsbeiräten dafür entschieden, den Kauf drei weiterer Messanlagen in den Planentwurf einzustellen. Sollten sich Diemelstädter Wirtschaftsbetriebe punktuell beteiligen wollen, könnte auch noch eine weitere Anlage beschafft werden.

Das ganz große Thema neben dem Landstraßenrückbau wird weiterhin der **Gewerbepark Steinmühle** sein. Hier ist dieses Jahr doch erheblich Schwung hineingekommen, mehr als wir letztes Jahr an dieser Stelle vielleicht erhoffen konnten. Im nicht-öffentlichen Teil der letzten Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung wurden Sie ja ausführlich unterrichtet. Es ist auf Verhandlungsebene alles gut vorbereitet und auch bauplanerisch ist der Weg geebnet. Warten wir die nächsten Monate genau ab.



Bild: Anschluss des Gewerbeparks Steinmühle an die B252

Auf einen weiteren Investitionspunkt muss ich jedoch intensiver eingehen, denn er hat uns im Spätsommer und Herbst doch nicht unerheblich umtrieben. Sie wurden hierzu ebenfalls in der HUF-Sitzung im August im nicht-öffentlichen Teil schon beteiligt.

Der **Förderverein des „Walmebades“** in Rhoden beabsichtigt bekanntlich einen Antrag auf Förderung nach dem **Schwimmbadinvestitionsprogramm (SWIM)** des Landes Hessen zu stellen. Es besteht die Möglichkeit, eine 60%-Förderung von einer Gesamtsumme in Höhe von 100.000 Euro zu erhalten. Das würde bedeuten, dass ein Betrag in Höhe von 40.000 Euro vom Förderverein selbst aufzubringen wäre. Um die Arbeit des Fördervereins zu unterstützen und auch weiterhin das Freibad Rhoden für die Bevölkerung zu erhalten, ist ein einmaliger Investitionszuschuss in Höhe von 35.000 Euro vorgesehen. Bekanntlich bereits im Vorfeld hierzu hat es schon Diskussionen um diesen Ansatz gegeben.

Der Magistrat teilt diese einzeln vorgebrachten Bedenken nicht, hat jedoch, um der Stadtverordnetenversammlung das „letzte Wort“ zurückzugeben, folgenden **Sperrvermerk** zu diesem Haushaltsansatz angebracht: „Gemäß § 17 Abs. 1 Nr. 8 GemHVO i. V. m. Nr. 5 der Hinweise zu § 17 GemHVO sind die Mittel gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet die Stadtverordnetenversammlung, wenn die weitergehenden Förderbedingungen vom Fördermittelgeber abschließend festgelegt sind.“

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen schönen Kommentar aus der WLZ vom 08.09.2018 der Redakteurin Stefanie Rösner zitieren, **mit dem ich ausdrücklich beide Freibäder in Wrexen und in Rhoden meine:**

Dank fürs Engagement

Was machen all die Schwimmer und Sonnenanbeter, die diesen Sommer wochenlang die Freibäder bevölkert haben, eigentlich im Winter? Während wir in der kalten Jahreszeit vor allem in den Dörfern wenigen Menschen draußen begegnen, war diesen Sommer sonnenklar, wo man sich trifft: im Freibad oder am See. Mal wieder stieg das Thermometer. Mal wieder wurden Handtücher und Badehose eingepackt. Mal wieder waren alle Sonnenschirme für die Liegeflächen schnell vergriffen. Der Sprung ins kühle Wasser, danach ein Eis. Erfrischend. Selten wurde so deutlich, wofür Städte und Gemeinden jedes Jahr Geld ausgeben und wofür vor allem die Freibadvereine sich so eifrig engagieren. Der Dank und die Wertschätzung kann nach dieser gelungenen Saison nicht groß genug sein. Kassierer, Schwimmmeister, Kioskbetreiber und alle Helfer drum herum haben oft an sieben Tagen pro Woche gearbeitet, damit andere ihre freie Zeit im kühlen Wasser genießen, dort Freunde treffen, Sport treiben und schwimmen lernen konnten.

Die Bäder sind die soziokulturellen Orte schlechthin, vielleicht sogar die letzten in dieser Hinsicht voll funktionierenden.

Wenn ein Förderverein seit 15 Jahren mit ca. 120 Aktiven über 5000 Stunden ehrenamtliche Eigenleistung ein solches Freibad unterhält, sehe ich das Geld in dieser Vereinsförderung sehr gut aufgehoben.

Dass dieser Förderverein den Zusammenhalt in Rhoden maßgeblich prägt, führt dazu, dass Rhoden als **resilienter Sozialer Ort** in der Studie der Universität Göttingen gesehen wird:

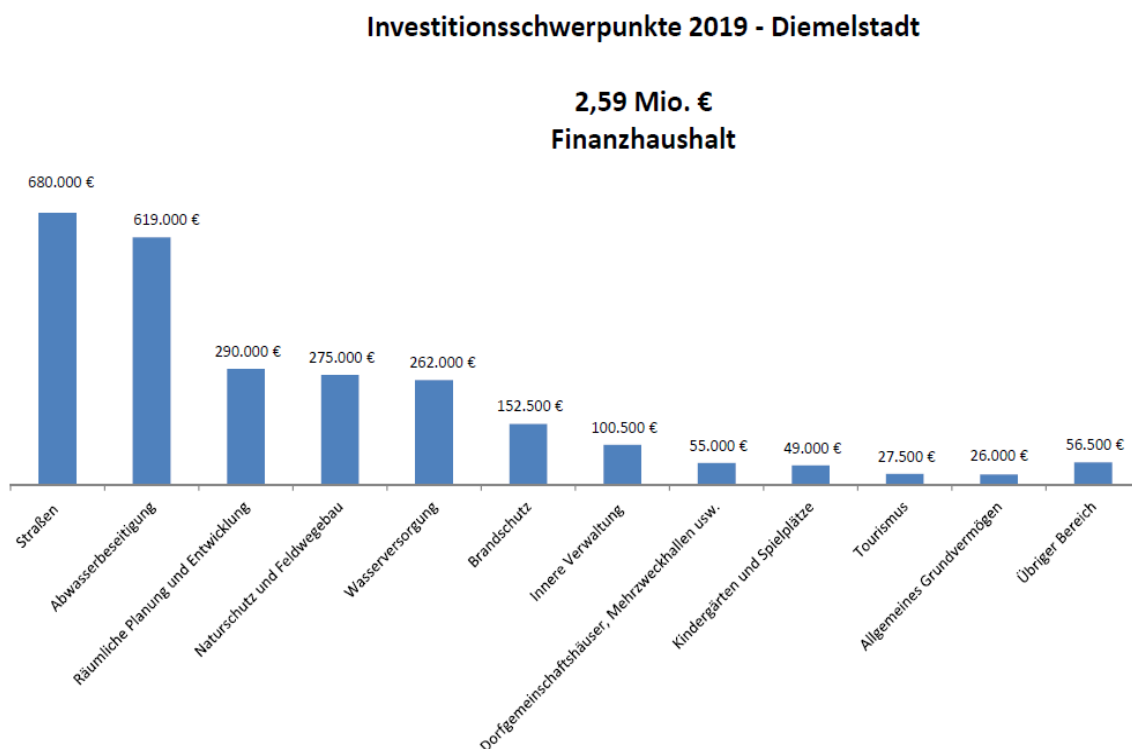
Ein Ort, der noch Lebensqualität und ein Heimatgefühl vermittelt.

Ein Ort, in dem seine Bürgerinnen und Bürger sich wohl fühlen.

Was können wir in der Kommunalpolitik denn mehr erreichen wollen?

Über 30.000 Menschen haben in diesem Jahr die beiden Freibäder in Rhoden und Wrexen besucht. Das ist Lebensqualität auf dem Land.

Zurück zu den geplanten Investitionen: **Sämtliche investive Maßnahmen sind im Tabellenteil des Haushaltsplanes auf den Seiten 54 bis 66 dargestellt und auf den Seiten 30 bis 35 erläutert.**



In Diemelstadt wird mit rd. 2,59 Millionen Euro 2019 ganz erheblich investiert.

Als größere, noch nicht benannte **Einzelschwerpunkte** nächstes Jahr möchte ich nur erwähnen die Erneuerung der EDV im Rathaus, die Implementierung eines digitalen Rechnungsworkflows, die Erneuerung der städtischen Internetpräsenz, Investitionen in die Archivierung sowie die Bauhofausstattung, den Erwerb von feuerwehrentechnischer Ausrüstung, Sektionaltore für die Feuerwehrgerätehäuser Dehausen, Hesperinghausen und Rhoden, Aufbauten für Tragkraftspritzenfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren Hesperinghausen und Helmighausen, einen Mannschaftstransportwagen für die Feuerwehren „Rotes Land“, Investitionen in den Kindergärten sowie auf den Spielplätzen, weitere Förderung des Leerstandsmanagements, Auszahlungen für eine grundlegende Erneuerung der Be- und Entlüftung im Hochbehälter Wethen, diverse Pumpenaustausche, Investitionen im Zuge des Straßenbaus, des Wasser- und Kanalleitungsbaus Akazienweg im Stadtteil Wrexen, Nachbesserungsarbeiten hinsichtlich der Arbeitssicherheit in der Kläranlage Wrexen, Erstellung eines Radwegkonzepts Diemelstadt, den großzügigen Erwerb von Biotopwertpunkten, die grundlegende Feldwegesanierung, Investitionen in eine Schallschutzdecke mit Dämmung für das DGH Orpethal, Pflasterarbeiten an der Dorfhalle Helmighausen, Investitionen in die Rasterdecke im Thekenbereich des HdG Wrexen, aber auch wieder nicht unerheblicher Grunderwerb sowie ggf. Maßnahmen im LEADER-Projekt. Hinzu kommen noch zahlreiche andere Beschaffungen und Investitionen, deren einzelne Nennung hier den Rahmen sprengen würde.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch ein paar Worte verlieren über die **Behandlung der kleineren Stadtteile**. Ich glaube nicht, dass, wie hin und wieder einmal vorgetragen wird, durch die großen städtebaulichen Projekte wie zuvor in Wrexen und jetzt in Rhoden die kleineren Orte abgehängt werden und möchte Ihnen dieses an einem kurzen Rechenbeispiel verdeutlichen:

Wir werden nächstes Jahr, wie eben erwähnt, ins DGH Orpethal investieren – 28.000 Euro. Das macht bei 160 Einwohnern immerhin rd. 175 Euro pro Einwohner aus. Wir sollten natürlich nicht dazu kommen, jede Investition nur alleine diesbezüglich zu bewerten, man muss jedoch stets die Relationen im Auge behalten.

Sie können an der vorherigen Aufzählung erkennen, dass wir auch in 2019 wieder in den Orten kontinuierliche Verbesserungen an der Infrastruktur vornehmen, über die Jahre verteilt mal mehr, mal weniger.

Aber mit der Chance, wie sie im Rahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes jetzt besteht, ist die nächsten Jahre das längst überfällige Projekt mit dem Rückbau der Landstraße in Rhoden nun prioritär.

Ich freue mich beim Stichwort „prioritär“ auch, dass wir die zunächst dringliche Maßnahme **„Anschluss der Kläranlage Hesperinghausen an die Kläranlage Marsberg-Mitte“** aufgrund unseres Gesprächs bei der Bezirksregierung Arnsberg nochmals schieben können. Dadurch müssen wir das hierfür erforderliche nicht unerhebliche Geld erst deutlich später in die Hand nehmen.

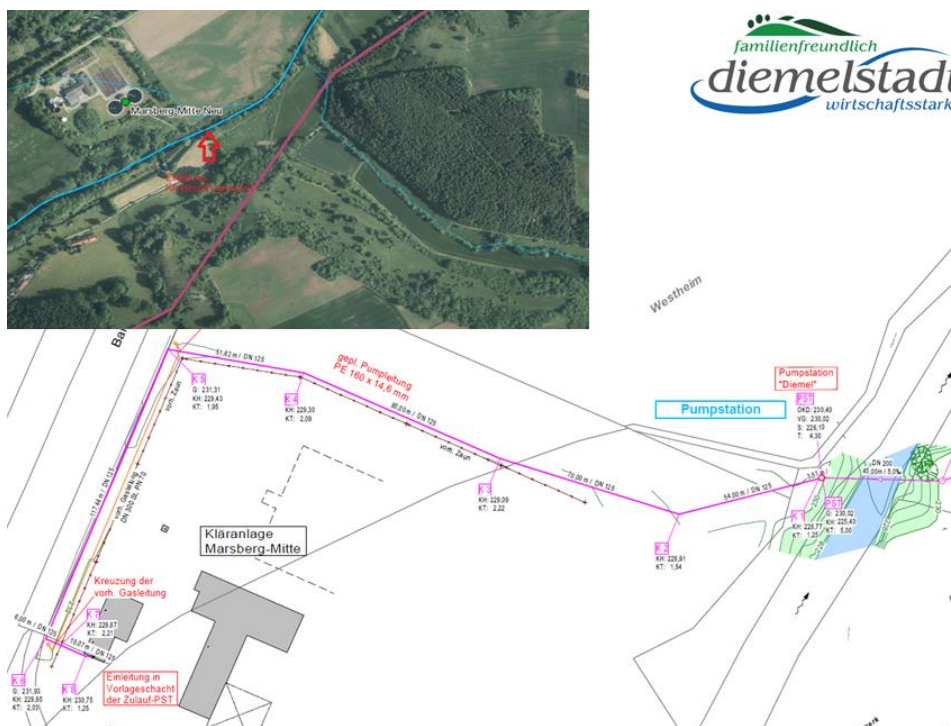


Bild: Anschluss Kläranlage Kallental an die Kläranlage Marsberg-Mitte

Nun wieder zurück zur näheren Zukunft:

Auch in 2019 sollen weiter **Haushaltsreste** abgebaut werden, sodass Neuveranschlagungen teilweise entbehrlich sind. In diesem Zusammenhang ist wieder zu erwähnen, dass die umfänglichen Haushaltsreste früherer Jahre weiter abgebaut werden konnten und demzufolge bekanntlich auch keine große „Kreditblase“ mehr besteht.

Auch dieses alles dient dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Zum zweiten Mal ist kommendes Haushaltsjahr die Beifügung eines sogenannten **Finanzstatusberichts zum Haushaltsplan** notwendig, den Sie auf den letzten Seiten des Zahlenwerks finden. Der dreizehnseitige Finanzstatusbericht ist ein vorgefertigtes Excel Sheet, erstellt durch das Hessische Innenministerium, das die Städte und Gemeinden mit umfangreichen, relevanten Eckwerten aus dem vergangenen Haushaltsvollzug und der Planung zu füllen haben. Anschließend erfolgt eine sofortige Auswertung im Tool selbst hinsichtlich **Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit** durch eine Gewichtung verschiedener Indikatoren. Dieser Bericht ist auch als Vorbereitung der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht zu sehen. Das Ergebnis präjudiziert das Haushaltsgenehmigungsverfahren jedoch nicht, das heißt, es nimmt die Entscheidung über die Genehmigung eines jeden Haushalts nicht vorweg. Die notwendige individuelle Prüfung und Beurteilung der Aufsichtsbehörde wird hierdurch nicht ersetzt.

| <u>Auswertung der Angaben zur Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit</u> | | |
|---|---------------|--|
| | | Indikatorwert |
| Geplantes ordentliches Ergebnis je Einwohner für 2019 | 44,86 | 40,00 |
| Bestand Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum 31.12. 2018 | 6.167.665,37 | 5,00 |
| Ordentliche Fehlbeträge aus Vorjahren | | 5,00 |
| Die Liquiditätsreserve wurde vollständig gebildet | | 5,00 |
| Bestand an Eigenkapital | 17.221.070,39 | 5,00 |
| Höhe der Kassenkreditverbindlichkeiten (Kernverwaltung und Sondervermögen) zum 31.12.2018 | | 5,00 |
| | | 5,00 |
| Geplante Differenz je Einwohner aus Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit und ordentlicher Tilgung | 69,81 | 30,00 |
| Summe und Status | |  100,00 |

Vorliegende Auswertung präjudiziert das Haushaltsgenehmigungsverfahren nicht. Die notwendige individuelle Prüfung und Beurteilung der Aufsichtsbehörde wird hierdurch nicht ersetzt.

Zusammenfassend freue ich mich, dass in Summe und Status der Auswertung dieser umfassenden Zahlenanalyse im Finanzstatusbericht ein Indikatorwert von erneut 100 % herauskommt und die Ampel diesbezüglich wieder grün zeigt.

In diesem Kontext hat das Land Hessen das kommunale Auswertungssystem Hessen „kash“ eingeführt, das alle kommunalen Körperschaften hinsichtlich ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gegenüberstellt. In der ersten Veröffentlichung dieser Werte für 2016/2017 ist Diemelstadt eine der ganz wenigen Gemeinden hessenweit, die bereits zu diesem Zeitpunkt zweimal 100 % erreicht haben.

Auszug:

| GKZ | Kommune | kash 2017 in %-Punkten | kash 2016 in %-Punkten | Veränderung 2016/2017 |
|--------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|--------------------------|
| 634014 | Melsungen, Stadt | 75,00 | 80,00 | -5,00 |
| 634015 | Morschen | 0,00 | 5,00 | -5,00 |
| 634016 | Neuental | 62,50 | 55,00 | 7,50 |
| 634017 | Neukirchen, Stadt | 60,00 | 53,75 | 6,25 |
| 634018 | Niedenstein, Stadt | 50,00 | 16,25 | 33,75 |
| 634019 | Oberaula | 90,00 | 10,00 | 80,00 |
| 634020 | Ottrau | 55,00 | 43,75 | 11,25 |
| 634021 | Schrecksbach | 55,00 | 50,00 | 5,00 |
| 634022 | Schwalmstadt, Stadt | 60,00 | 55,00 | 5,00 |
| 634023 | Schwarzenborn, Stadt | 88,75 | 85,00 | 3,75 |
| 634024 | Spangenberg, Stadt | 63,75 | 11,25 | 52,50 |
| 634025 | Wabern | 88,75 | 77,50 | 11,25 |
| 634026 | Willingshausen | 60,00 | 55,00 | 5,00 |
| 634027 | Bad Zwesten | 75,00 | 75,00 | 0,00 |
| 635001 | Allendorf (Eder) | 100,00 | 63,75 | 36,25 |
| 635002 | Bad Arolsen, Stadt | 90,00 | 85,00 | 5,00 |
| 635003 | Bad Wildungen, Stadt | 90,00 | 85,00 | 5,00 |
| 635004 | Battenberg (Eder), Stadt | 65,00 | 85,00 | -20,00 |
| 635005 | Bromskirchen | 38,75 | 75,00 | -36,25 |
| 635006 | Burgwald | 75,00 | 38,75 | 36,25 |
| 635007 | Diemelsee | 63,75 | 63,75 | 0,00 |
| 635008 | Diemelstadt, Stadt | 100,00 | 100,00 | 0,00 |
| 635009 | Edertal | 85,00 | 16,25 | 68,75 |
| 635010 | Frankenau, Stadt | 75,00 | 80,00 | -5,00 |
| 635011 | Frankenberg (Eder), Stadt | 68,75 | 38,75 | 30,00 |
| 635012 | Gemünden (Wohra), Stadt | 38,75 | 16,25 | 22,50 |
| 635013 | Haina (Kloster) | 63,75 | 40,00 | 23,75 |
| 635014 | Hatzfeld (Eder), Stadt | 63,75 | 75,00 | -11,25 |
| 635015 | Korbach, Kreisstadt | 20,00 | 15,00 | 5,00 |
| 635016 | Lichtenfels, Stadt | 80,00 | 27,50 | 52,50 |
| 635017 | Rosenthal, Stadt | 75,00 | 75,00 | 0,00 |
| 635018 | Twistetal | 78,75 | 76,25 | 2,50 |
| 635019 | Vöhl | 36,25 | 10,00 | 26,25 |
| 635020 | Volkmarsen, Stadt | 43,75 | 38,75 | 5,00 |
| 635021 | Waldeck, Stadt | 65,00 | 95,00 | -30,00 |
| 635022 | Willingen (Upland) | 95,00 | 90,00 | 5,00 |

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

meinen **Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** in allen drei Bereichen der Stadt, im Rathaus, den Kindergärten und dem Bauhof habe ich wiederum für ihren Einsatz und die gute Zusammenarbeit zu danken, es war erneut kein einfaches Jahr. Gemeinsam konnte Vieles auf den Weg gebracht, intensiviert und auch vollendet werden.

Aber auch der **Feuerwehr** ist an dieser Stelle ausdrücklich wieder Dank zu sagen. Ich rufe allen Mitgliedern und Verantwortlichen zu: Die städtischen Gremien stehen weiter hinter Ihnen und wir versichern, alles Machbare für den Brandschutz umzusetzen. Die kürzlich in den Medien kursierende Feststellung, dass der Brandschutz landauf/landab unterfinanziert sei, trifft auf Diemelstadt bestimmt nicht zu.

Mit diesem Haushaltsplan legt Ihnen der Magistrat gleichzeitig das **Investitionsprogramm für die Jahre 2018 bis 2022** vor, in dem Fortführungs- und neue Maßnahmen veranschlagt worden sind, zum Teil mit Verschiebungen in andere Haushaltsjahre. Das Investitionsprogramm, das überdies eine Grundlage für die mittelfristige Finanzplanung darstellt, enthält keinen verbindlichen Maßnahmenkatalog, sondern in breiten Teilen Absichtserklärungen, deren Realisierung aber immer von neuem im Rahmen der einzelnen Haushaltsberatungen auf ihre Finanzierbarkeit zu überprüfen ist.

Zum Stellenplan 2019 sind einige Besonderheiten zu beachten:

Bedingt durch die Novellierung des TVöD und damit einhergehender Höhergruppierungsanträge in vier Fällen hat sich der Magistrat gemeinsam mit dem Personalrat dafür ausgesprochen, dass ein externer Dienstleister die Stellen beschreibt und anschließend bewertet. Diese Ergebnisse lagen zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch nicht vor. Hier gilt allerdings der Grundsatz **Tarifrecht bricht Haushaltsrecht**. In Zukunft sollen somit alle Anträge auf Höhergruppierung über eine Stellenbeschreibung und deren Bewertung erfolgen.

Außerdem wird uns im Jahr 2019 ein Fachdienstleiter verlassen, dessen Aufgaben auf einige andere Fachdienstleiter/innen verteilt werden, so dass es auch hier zu Veränderungen im Stellenplan kommen wird.

In der Kostenstelle **Gemeindeorgane** im Fachdienst 1.1 Referat des Bürgermeisters fällt im Haushaltsjahr die 0,75-Stelle nach Entgeltgruppe 5 TVöD ersatzlos weg. Dies ist zum einen darin begründet, dass sich eine Mitarbeiterin nach der Freistellungsphase ihrer Altersteilzeitvereinbarung in den Ruhestand verabschiedet hat und zum anderen, dass die derzeitige Stelleninhaberin sich dem vorgenannten Bewertungs- und Beschreibungsverfahren unterziehen soll. Vorsorglich ist im Planentwurf die Anhebung der Entgeltgruppe 5 nach Entgeltgruppe 6 TVöD vorgesehen.

In der Kostenstelle **Sonstige soziale Hilfen** und Leistungen im Fachdienst 1.3 Bürgerservice wird die Stelle der Flüchtlingskoordinatorin von einer 0,25-Stelle ersatzlos wegfallen. Dies ist darin begründet, dass die Zuweisung von neuen Flüchtlingen stark abgenommen hat. Die Aufgaben werden nun im Fachdienst 1.3 Bürgerservice im Tagesgeschäft erledigt. Auch hier muss zukünftig eine Beschreibung und Bewertung erfolgen.

Der personelle **Mindestbedarf der beiden Kindergärten** im Fachdienst 1.1 Referat des Bürgermeisters muss nach Einführung des Hessischen Kinderförderungsgesetzes stets kinderbezogen neu berechnet werden. Hierdurch, aber auch durch die Erweiterung der Öffnungszeiten und der Einführung einer Stellvertreterregelung in beiden Kindergärten, ergibt sich folgendes Ergebnis:

Im **Kindergarten Rhoden** werden insgesamt 9,6 Stellen benötigt. Hiervon entfallen 1,1 Stellen auf die Entgeltgruppe EG 2Ü TVöD. Diese Stellen beinhalten die beiden Raumpflegerinnen, die stundenweise bei der Mittagsversorgung mithelfen. Die Kindergartenleitung wird weiterhin mit einer Stelle nach der EG S 16 TVöD geführt. Neu im Vergleich zum Vorjahr ist nun die 1,0-Stelle der EG S 13 TVöD. In dieser Stelle wird die stellvertretende Kindergartenleitung geführt. Die restlichen Erzieherinnen werden im Haushaltsjahr mit 6,5 Stellen nach der EG S 8a TVöD bezahlt.

Im **Kindergarten Wrexen** werden insgesamt 9,1 Stellen benötigt. Hiervon entfallen 1,1 Stellen auf die Entgeltgruppe EG 2Ü TVöD. Diese Stellen beinhalten die beiden Raumpflegerinnen, die ebenfalls stundenweise bei der Mittagsversorgung mithelfen. Die Kindergartenleitung wird weiterhin mit einer Stelle nach der EG S 15 TVöD geführt. Neu im Vergleich zum Vorjahr, genauso wie im Kindergarten Rhoden, ist nun

die 1,0-Stelle der EG S 13 TVöD. In dieser Stelle wird ebenfalls die stellvertretende Kindergartenleitung geführt. Die restlichen Erzieherinnen werden im Haushaltsjahr mit 6 Stellen nach der EG S 8a TVöD bezahlt.

In der Kostenstelle **Abwasserbeseitigung** wird der Stellenplan um eine 0,25-Stelle nach EG 7 TVöD zu Lasten der Kostenstelle **Grünanlagen** verschoben. Bedingt durch die Verbesserung des Gesundheitszustandes eines Mitarbeiters aus dem Abwasserbereich können die Arbeitsabläufe und die Rufbereitschaften wieder in der gesetzlich vorgeschriebenen Form aufrechterhalten werden. Der andere Mitarbeiter wird nun mit einer Vollzeitstelle nach EG 7 TVöD der Kostenstelle Grünanlagen zugeordnet.

Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, dass wir dem gesamten Personal bestmögliche Entwicklungschancen bieten möchten, wir müssen uns auch diesbezüglich dem Fachkräftemangel und damit eingetretenen Wettbewerb innerhalb der kommunalen Familie stellen.

Auch müssen wir uns dem Thema **Aus- und Fortbildung** insbesondere in der Verwaltung weiter intensiv widmen, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Wenn uns die 1960er-Jahrgänge in unserem Hause einmal in den Ruhestand verlassen werden, wird eine große Lücke zu schließen sein.

Aus diesem Grund werden wir im kommenden Jahr noch zwei weitere Auszubildende für den Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte“ einstellen und auch im Bereich der Abwasserentsorgung würden wir gerne noch einem jungen Menschen eine Ausbildung bei uns ermöglichen.

Ich bitte Sie abschließend, nach vorheriger Beratung im Haupt- und Finanzausschuss, die Beratung und Beschlussfassung in der letzten Stadtverordnetenversammlung dieses Jahres am 14. Dezember vorzunehmen und weise nochmals darauf hin, dass im ausführlichen Vorbericht zum Haushaltsplan die wesentlichen Veränderungen erläutert wurden, sodass sie jeder nachlesen kann. Mein Redetext ist in gewohnter Weise dem Ihnen gleich auszuteilenden Haushaltsplan vorgeheftet und wird auch auf unserer Homepage unter www.diemelstadt.de hinterlegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Erstellung dieses Haushaltsplanes war erneut mit einer Menge Arbeit verbunden. Ich darf mich an dieser Stelle bei den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz recht herzlich bedanken, insbesondere beim **federführenden Fachbereich Finanzdienste**.

Und auch bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrates, der Ortsbeiräte und der Presse möchte ich mich recht herzlich bedanken.

Ein Schwerpunkt der letzten Wochen war das Projekt „**Dorfmoderation**“. Nicht zuletzt durch die Bürgerdialoge in allen Stadtteilen im Rahmen meines letztjährigen Wahlkampfs konnte ich feststellen, welches Potenzial in unseren Orten bezüglich Gedanken und Ideen hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit unserer schönen Stadt liegt, ja, ich möchte sagen, dass ich stolz auf unsere engagierten Bürger/innen bin.



Foto: Ergebnisse der Dorfmoderation in Orpethahl

Die sehr gut besuchten Veranstaltungen im Rahmen der „Dorfmoderation“ haben uns eine Fülle von Anregungen mit auf den Weg gegeben, die es nun auszuwerten gilt. Ausdrücklich danke ich auch dem verantwortlichen Moderator, Jürgen Rönsch, der mit „journalistischem Fingerspitzengefühl“ sehr viel aus diesen Abenden herausgeholt hat. In 2019 möchte ich die Ergebnisse mit den Ortsbeiräten weiter vertiefen und in eine langfristige Strategie umsetzen.

Während der insgesamt elf Veranstaltungen, darunter zwei mit den Mitarbeitern der öffentlichen Einrichtungen und Schülern der Schlossbergschule, haben wir mehrere tausend beschriebene Karten zu Chancen, Risiken, Stärken und Schwächen eines Ortes oder einer Organisation eingesammelt und eine extrem große Bandbreite an Vorschlägen für die Veränderung der Orte erhalten.

Was uns neben der durchweg positiven Stimmung vor allem begeistert hat, war die Zahl der Teilnehmer. Mit über 500 übertraf sie noch unsere optimistischsten Erwartungen. Zum Teil waren mehr als 30 Prozent der Einwohner eines Ortes bei den abendlichen Austauschrunden anwesend.



Foto: Auch die Schlossbergsschüler brachten sich aktiv in der Dorfmoderation ein

Damit die vorhandene Aufbruchsstimmung nicht verloren geht und die Ergebnisse der Dorfmoderationen schnell umgesetzt werden, veranstalten wir am 26./27.1.2019 und am 23./24.3.2019 zwei Folgeworkshops zu den nun abgeschlossenen Dorfmoderationen.

Auch auf vielen Festen, Treffen und Besprechungen konnte ich dieses Jahr wieder feststellen, wie intakt unsere Bürgergemeinschaft in Diemelstadt ist.

Ich wünsche uns allen, dass bei den globalen Verwerfungen dieser Tage dieses zumindest bei uns weiter so bleiben wird.

Vielen Dank nochmal allen Beteiligten und Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.